



Herrn
Norbert Vahl
Vorsitzender
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen
(AfA)
SPD-Kreisverband Pinneberg
Alsenstraße 63
25436 Uetersen

Sigmar Gabriel MdB

Bundesminister

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34 - 37, 10115 Berlin
POSTANSCHRIFT 11019 Berlin

TEL +49 (0)3018 615-76 00 od. (0)30 2014-76 00

FAX +49 (0)3018 615-70 30 od. (0)30 2014-70 30

E-MAIL info@bmwi.bund.de

DATUM Berlin, 18. August 2014

Sehr geehrter Herr Vahl,
sehr geehrte Mitglieder,

liebe Genossinnen und Genossen,

vielen Dank für Euer Schreiben vom 7. Juli 2014, in dem Ihr auf die Risiken bei dem Einsatz der Fracking-Technologie hinweist und mich bittet, eine kritischere Haltung gegenüber dieser Technologie einzunehmen.

Auch ich sehe das mit dem Fracking verbundene potenzielle Risiko für Mensch und Umwelt. Deshalb haben bei der Bewertung und dem Einsatz dieser Technologie die Gesundheit sowie der Schutz der Umwelt und des Trinkwassers oberste Priorität. So steht es auch im Koalitionsvertrag.

Auf dieser Prämisse basieren auch die Eckpunkte für die geplanten rechtlichen Regelungen zum Fracking, die ich Anfang Juli gemeinsam mit der Bundesumweltministerin Dr. Hendricks vorgelegt habe. Danach soll für Frackingvorhaben zur Erdgasförderung in Schiefer- und Kohleflözgestein (sog. „unkonventionelles Fracking“) ein generelles Verbot in das Wasserhaushaltsgesetz aufgenommen werden. Dieses Verbot soll bis Ende 2021 vom Deutschen Bundestag im Lichte der bis dahin unter strengen Auflagen und wissenschaftlich begleiteten Erprobungsmaßnahmen überprüft werden. Mit dieser nunmehr vorgesehenen strikten Reglementierung des Frackings in unkonventionellen Lagerstätten gehen wir sogar über die Vorgaben des Koalitionsvertrags hinaus.

Aber auch die im Koalitionsvertrag nicht erwähnte Erdgasförderung mit der Fracking-Technologie in Tight Gas-Lagerstätten, die in Deutschland bereits seit den 60er Jahren praktiziert wird, soll nur unter verschärften Anforderungen möglich bleiben. Für bestimmte Gebiete (u. a. Wasserschutzgebiete) soll Fracking generell verboten werden. Zudem wird es strenge Anforderungen für die Zusammensetzung der Frackfluide geben. Im Übrigen wird zukünftig vor jeder Genehmigung auch eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für alle Fracking-Vorhaben (konventionell oder unkonventionell) sowie für die Entsorgung der Rückflüsse verpflichtend eingeführt werden.

Aufgrund der 50-jährigen Erfahrungen mit Fracking in Tight Gas-Lagerstätten ist eine Fortführung dieser Technologie vernünftig, zumal in dieser Zeit keine Belastungen des Trinkwassers oder Bodenabsenkungen festgestellt worden sind. Mit der Erdgasförderung in Niedersachsen, die zu großen Teilen aus Tight Gas-Lagerstätten stammt, sind rund 25.000 Arbeitsplätze verbunden.

Weiterführende Informationen sind in dem beigefügten Schreiben zusammengefasst, das ich gemeinsam mit der Bundesumweltministerin Dr. Hendricks an die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion geschickt habe.

Ich hoffe, dass diese Ausführungen dazu beitragen, in Eurer Arbeitsgemeinschaft mehr Verständnis für die von uns geplante Vorgehensweise bei dem Thema Fracking zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen





Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit

Sigmar Gabriel MdB

Bundesminister

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34 - 37, 10115 Berlin
POSTANSCHRIFT 11019 Berlin
TEL +49 (0)3018 615-76 00 od. (0)30 2014-76 00
FAX +49 (0)3018 615-70 30 od. (0)30 2014-70 30
E-MAIL info@bmwi.bund.de

Dr. Barbara Hendricks MdB

Bundesministerin

HAUSANSCHRIFT Stresemannstraße 128 - 130, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11055 Berlin
TEL +49 (0)3018 305-2000
FAX +49 (0)3018 305-2046
E-MAIL maileingang@bmub.bund.de

Berlin, 4. Juli 2014

An die
Mitglieder der Fraktion der SPD-Fraktion
im Deutschen Bundestag

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

das Thema Fracking hat uns alle in den letzten Jahren intensiv begleitet. Schon der Begriff Fracking löst in Teilen der Bevölkerung mittlerweile große Besorgnis aus – das gilt auch für unsere Partei. Die Mitglieder des SPD-Parteivorstandes, der SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Ministerpräsidentinnen und -Ministerpräsidenten erwarten eine grundsätzliche Zielbestimmung und eine politische Klärung bei diesem äußerst sensiblen Thema. Deshalb haben wir dazu eine enge Abstimmung in Form von inhaltlichen Eckpunkten und das weitere Verfahren verabredet.

Fest steht: Bundeswirtschaftsministerium und Bundesumweltministerium nehmen die Sorgen der Bevölkerung sehr ernst. Wir wollen erreichen, dass diese Debatte auf rationaler Grundlage und mit wissenschaftlich gewonnenen Informationen geführt werden kann. Wir werden deshalb ein Regelungspaket vorlegen, das einem Grundsatz folgt: Der Schutz der Gesundheit und der Schutz des Trinkwassers haben absolute Priorität! Klar ist: Wir können derzeit beim Fracking in Schiefer- und Kohleflözgestein mangels eigener nationaler Erfahrungswerte die Auswirkungen noch nicht abschätzen.

Deshalb haben wir uns auf folgende Eckpunkte verständigt:

1. Fracking-Vorhaben zur Gasförderung aus Schiefer- und Kohleflözgestein oberhalb von 3.000 Metern werden durch das Wasserhaushaltsgesetz verboten. Wissenschaftlich begleitete Erprobungsmaßnahmen zur Erforschung von Auswirkungen auf die Umwelt und den Untergrund hingegen sollen möglich sein, wenn die eingesetzte Frackflüssigkeit nicht wassergefährdend ist. Der Gesetzgeber überprüft die Angemessenheit der gesetzlichen Verbotsregelung im Jahr 2021 auf der Grundlage eines Berichts der Bundesregierung zum bis dahin erlangten Stand von Wissenschaft und Technik zur Fracking-Technologie.
2. Fracking-Vorhaben für so genanntes „Tight Gas“ („konventionelles Fracking“) bleiben grundsätzlich möglich. Solche Vorhaben werden seit den 1960er Jahren in Deutschland durchgeführt und dürfen schon heute und nach derzeit geltendem Berg- und Wasserrecht keine Gefahr für die Gesundheit und das Trinkwasser hervorrufen. Hier werden wir trotzdem noch zusätzliche Regelungen einführen, unter anderem darf die eingesetzte Frackflüssigkeit insgesamt maximal schwach wassergefährdend sein.
3. Eine Gefahr für die öffentliche Wasserversorgung werden wir darüber hinaus ausschließen, indem Fracking jeglicher Art in Wasserschutzgebieten, Heilquellenschutzgebieten, Einzugsbereichen von Talsperren und Seen, die unmittelbar der Trinkwassergewinnung dienen, untersagt wird; dieses Verbot kann auch auf Trinkwassergewinnungsgebiete ausgeweitet werden. In Naturschutzgebieten sowie Natura 2000-Gebieten ist die Errichtung von Anlagen für Fracking-Vorhaben untersagt, um den Schutz dieser besonders empfindlichen Gebiete sicherzustellen.
4. Für alle unter diesen Bedingungen möglichen Fracking-Vorhaben gelten folgende strenge Vorschriften:
 - Die Beweislast für mögliche Bergschäden, die von Fracking-Maßnahmen bzw. Tiefbohrungen stammen können, soll den Unternehmen auferlegt werden. Bei allen Tiefbohrungen müssen umfassende Umweltverträglichkeitsprüfungen durchgeführt werden.

- Im Einzugsbereich von öffentlichen Wasserentnahmestellen oder der unmittelbaren Verwendung in Lebensmitteln (zum Beispiel Mineralwasser oder Bier) muss eine Schädigung des Grundwassers ausgeschlossen sein (wasserrechtlicher Besorgnisgrundsatz).
 - Es ist ein umfassender Ausgangszustandsbericht zu erstellen.
 - Die Identität sämtlicher eingesetzter Stoffe sowie ihre voraussichtliche Menge sind offenzulegen.
 - Es findet ein Grund- und Oberflächenwassermonitoring statt.
 - Rückflüsse und Bohrlochintegrität werden überwacht.
 - Es gibt eine Berichtspflicht an die zuständige Behörde.
 - Es wird eine Verordnungsermächtigung für ein öffentliches Stoffregister eingeführt.
5. Alle diese strengen Vorgaben gelten auch für zurückgeförderte Frackflüssigkeiten und das Lagerstättenwasser. Dazu wird zum Umgang mit dem Flowback und dem Lagerstättenwasser der Stand der Technik entsprechend konkretisiert.
6. Darüber hinaus verbleiben den Bundesländern weitergehende Regelungsmöglichkeiten im Rahmen ihrer Landesentwicklungsplanung.

Die oben genannten Eckpunkte werden nun in verschiedene Gesetzesänderungen einfließen, insbesondere eine Novelle des Wasserhaushaltsgesetzes und eine Änderungsverordnung zur UVP-Bergbau. Hierfür werden wir in Kürze zunächst die Ressortabstimmung und dann die Anhörung von Ländern und Verbänden einleiten. Wir wollen die Regelungen nach der Sommerpause im Kabinett verabschieden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auf der Grundlage dieser Eckpunkte führen wir die strengsten Regeln ein, die es in diesem Bereich jemals gab. Fracking zur Förderung von Schiefer- und Kohleflözgas wird es zu wirtschaftlichen Zwecken auf absehbare Zeit in Deutschland nicht geben. Gleichzeitig schließen wir es aber auch nicht für alle Ewigkeit aus, sondern ermöglichen eine kontrollierte und sorgfältige Untersuchung möglicher Auswirkungen auf die Umwelt und den Untergrund, da bislang keine Erfahrungswerte in Deutschland vorliegen. Fracking für so genanntes „Tight Gas“ bleibt möglich, es wird aber zusätzlichen Anforderungen unterworfen.

Mit den bevorstehenden Gesetzgebungsverfahren haben wir noch eine Menge Arbeit vor uns. Sie ist nötig, damit die Bevölkerung und die Wirtschaft endlich Klarheit erhalten über die Zukunft des Fracking in Deutschland. Wie bisher werden wir dabei natürlich die Abstimmung innerhalb der Bundesregierung und mit den Koalitionsfraktionen vornehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Handwritten signature of Sigmar Gabriel in blue ink.

Sigmar Gabriel

Handwritten signature of Barbara Hendricks in blue ink.

Dr. Barbara Hendricks